



Gemeinsam für Frieden und Gerechtigkeit

Warum *Gemeinsam für Frieden und Gerechtigkeit* (#GfFuG)

Vor jeder Lösung muss der Wille zur Lösung stehen – und daher zuerst ein Umdenken stattfinden. Die Machtstrukturen unserer Welt müssen neu geordnet werden. Alle Regierungen müssen sich zur internationalen Gemeinschaft und den Vereinten Nationen bekennen und deren Ziele achten. Das Wohl der Gemeinschaft muss über den Interessen eines Einzelnen (Person oder Staat) stehen.

Wir können eine Demokratie haben oder konzentrierten Reichtum in den Händen weniger – aber nicht beides. Wo reiche Menschen unkontrolliert an der Spitze stehen, herrscht nicht die Mehrheit – in einer solchen Gesellschaft entscheidet die Regierung immer wieder gegen die Interessen der breiten Masse.

Demokratie heißt, dass Macht und Regierung vom Volk ausgehen. Der gelegentliche Gang zur Wahlurne reicht hierfür nicht aus. In einer Demokratie sind auch und gerade die Menschen gefordert, jeder einzelne. Ob wir wirklich in einer demokratischen Welt leben und diese auch verdienen, werden wir erst wissen, wenn wir sie gemeinsam einfordern.

Die Vereinten Nationen und der Internationale Strafgerichtshof (Die UNO und der IStGH/ICC)

Internationales Recht und der Weltfrieden

Die Organisation der Vereinten Nationen (UNO) und der Internationale Strafgerichtshof (IStGH/ICC) haben als globale internationale Organisationen die Aufgabe den Weltfrieden, die Einhaltung des Völkerrechts, den Schutz der Menschenrechte und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit zu sichern.

Leider sind UNO und ICC bei der Erfüllung dieser Aufgabe in ihrer derzeitigen Konstellation nur bedingt handlungsfähig, da einige Staaten das internationale Recht nur dann beachten, wenn es ihren eigenen Zwecken dient.

Eine Stärkung der UNO und des IStGH/ICC bei der Erfüllung ihrer wichtigsten Aufgabe, der „Sicherung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, der Grundrechte des Menschen und der Gleichberechtigung von allen Nationen“ ist daher unverzichtbar und schon seit Langem überfällig.

Die vergangenen 73 Jahre haben gezeigt, dass die Entscheidungen über **unser Leben, unsere Werte, unsere Gesellschaft und unsere Welt** nicht unkontrolliert in die Hände einiger weniger Reicher und Mächtiger, die leider allzu oft nur ihre eigenen Interessen

vertreten, gelegt werden darf. Dies gilt in gleichem Maße für die Regierungen unserer Länder wie für die nationalen Repräsentanten in der Organisation der Vereinten Nationen.

Kriege, insbesondere Angriffskriege, sind, nach internationalem Recht, ein **Verbrechen**. Ein Krieg ist die Ultima Ratio, das allerletzte Mittel und, außer zur Verteidigung, in keinem Fall notwendig. Nahezu jeder Konflikt innerhalb der internationalen Gemeinschaft ließe sich mit friedlichen Mitteln, in Verhandlungen und Kompromissen beilegen. Die Regierungen unserer Länder sind jedoch viel zu oft leichtfertig bereit, Kriege anzudrohen und auch zu führen um ihre Interessen durchzusetzen, statt die friedliche Lösung zu suchen.

Stetig steigende Militärausgaben belegen dies nur allzu deutlich. Zuletzt wurden weltweit jährlich über 1,5 Billionen US-Dollar (**1.500.000.000.000,00 USD**) für Rüstung ausgegeben (1,686 Bio. USD in 2017 und 1,739 Bio. USD in 2018). Dieses Geld könnte, würde es für das Wohl der Menschen, für Aufbau und Entwicklung verwendet, einen wichtigen Beitrag leisten zur Behebung

akuter Probleme wie dem Klimawandel und den sozialen Missständen.

Die einzige Macht, die die dringend notwendige Kontrolle ausüben und Änderungen herbeiführen kann, sind wir, **alle Menschen aller Völker**. Nur, wenn sich alle Menschen dieser Verantwortung aber auch ihrer Möglichkeiten bewusst werden und danach handeln, kann der Lauf der Dinge geändert und erreicht werden, dass alle Völker in Frieden und Würde miteinander leben.

Die vorliegenden **Forderungen** (s.R.) sollen dieses Bestreben unmissverständlich zum Ausdruck bringen und einen wichtigen Schritt hin zu einer gerechteren, besseren und friedlicheren Welt einleiten. Eine Welt ohne Kriegsoffer, eine Welt in der kein Mensch aus seiner Heimat fliehen muss oder von dort vertrieben wird, eine Welt in der die nationale und internationale Politik mit Worten und nicht mit Waffen gestaltet wird, eine Welt in der die zur Verfügung stehenden Ressourcen für das Wohl der Menschen und nicht für deren Ermordung verwendet werden.

Nein zu Krieg, ja zu Frieden und Gerechtigkeit, Abrüsten statt Aufrüsten, Diplomatie statt Bomben, Menschenrechte und Umwelt vor Profit.



Unterstützen auch Sie die Initiative #GfFuG
Mehr Informationen auf <https://mahumba.jimdo.com/>



Zum Vergrößern bitte umblättern ↻

Offener Brief an den UNO-Generalsekretär, die UN-Generalversammlung und den Internationalen Strafgerichtshof.

Herrn
António Manuel de Oliveira Guterres
Generalsekretär
Hauptquartier der Vereinten Nationen
New York 10017
USA

Frau
María Fernanda Espinosa Garcés
Präsidentin
Generalversammlung der Vereinten Nationen
Hauptquartier der Vereinten Nationen
New York 10017
USA

Herrn
Chile Eboe-Osuji
Präsident
Internationaler Strafgerichtshof
Oude Waalsdorperweg 10,
2597 AK Den Haag
Niederlande

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,
Sehr geehrte Damen und Herren,

unzählige Kriege haben seit und trotz Bestehen der Vereinten Nationen unsagbares Leid über die Menschheit gebracht. Kriege schaffen keinen Frieden. Kriege müssen verhindert werden. Kriegsverbrecher müssen von internationalen Gerichten belangt werden können, ganz gleich, aus welchem Land sie kommen.

Kern-/Atomwaffen sichern nicht den Frieden, sie stellen im Gegenteil eine permanente Bedrohung allen Lebens auf unserem Planeten dar.

Dort wo unsere Regierungen nicht die Diplomatie, sondern Waffen sprechen lassen, handeln sie nicht in unserem Sinne, nicht in unserem Auftrag und nicht mit unserer Zustimmung.

**WIR, DIE MENSCHEN ALLER VÖLKER ALLER NATIONEN –
FEST ENTSCHLOSSEN,**

künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die Grundrechte des Menschen und die internationale Sicherheit, den Weltfrieden und die Gleichberechtigung von allen Völkern, ob groß oder klein, zu sichern, Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können, den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern, unseren Lebensraum auch für kommende Generationen zu schützen,

UND FÜR DIESEN ZWECK

unsere Kräfte zu vereinen und das Handeln unserer Staatsdiener zu kontrollieren, um ein friedliches Miteinander der Völker und eine Stärkung der Vereinten Nationen, ihrer Organe und aller diesem Ziel dienenden internationalen Organisationen und Institutionen sicherzustellen –

HABEN BESCHLOSSEN, IN UNSEREM BEMÜHEN UM DIE ERREICHUNG DIESER ZIELE ZUSAMMENZUWIRKEN.

Dementsprechend erheben wir die folgenden FORDERUNGEN:

- Kernwaffen MÜSSEN ebenso geächtet und vernichtet werden, wie chemische und biologische Waffen.
 - Alle Nationen MÜSSEN den Atomwaffenverbotsvertrag, die Chemiewaffenkonvention und die Biowaffenkonvention unterzeichnen und ratifizieren.
 - Es MUSS sichergestellt werden, dass Konflikte niemals durch die bloße Behauptung einer Regierung, sie habe Beweise für das Fehlverhalten eines anderen Staates oder einer Person, provoziert oder verschärft werden. Beweise MÜSSEN immer geprüft werden und zweifelsfrei verifizierbar sein.
 - Der Internationale Strafgerichtshof MUSS von allen UN-Mitgliedsstaaten unterstützt und anerkannt werden.
 - Der Internationale Strafgerichtshof MUSS alle Verbrechen, die seiner Gerichtsbarkeit unterliegen, konsequent und **AUSNAHMSLOS** verfolgen. Er MUSS mit den hierfür erforderlichen Mitteln ausgestattet werden.
- Amt und Heimat dürfen keinen Einfluss auf Ermittlungen und Anklagen gegen Kriegsverbrecher haben.
- Regierungsmitglieder, Geheimdienstmitarbeiter und Offiziere die völkerrechtswidrig Angriffskriege befehlen, sogenannte „Kollateralschäden“ vorsätzlich in Kauf nehmen, Unruhen in fremden Ländern schüren oder sonstige Verbrechen im Sinne des Römischen Statuts begehen, MÜSSEN ebenso angeklagt werden wie Soldaten die Kriegsverbrechen verüben, selbst wenn zu erwarten ist, dass ein Verurteilter sich einem Strafvollzug entzieht. Gleiches gilt für Leiter und Verantwortliche internationaler Unternehmen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit billigen, anordnen oder selber begehen.
 - Transparenz ist für demokratische Kontrolle unabdingbar.

Es MUSS regelmäßig, mindestens einmal jährlich, ein Report veröffentlicht werden, in dem

- die Namen der vom Internationalen Strafgerichtshof verurteilten Personen,
- deren Herkunftsland und Funktion, in der sie die Straftaten begangen haben,
- deren Verbrechen,
- das verhängte Strafmaß und
- im Falle des Nichtvollzuges der Strafe, die Gründe hierfür

benannt werden.

Dieser Report MUSS für alle Menschen aller Völker, in der jeweiligen Amtssprache, verfügbar sein.

Für eine funktionierende gemeinsame Welt ist es wichtig, dass die Menschen wissen wer ihre Länder regiert, beziehungsweise wen sie in ihre Regierungen wählen können.

Mit freundlichen Grüßen
Die Menschen aller Völker, aller Nationen
Vertreten durch
(Liste der Unterzeichner)